



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906**

161 (5.4.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-419065](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-419065)

# General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

### Eigene Redaktions-Bureaus:

Berlin: Dr. Paul Harms, W. 50, Würzburgerstraße 15. Telefon: Nr. 3987.

Karlsruhe: Georg Christmann, Helmholzstraße 13. Telefon: Nr. 1907.

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telephon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (Einnahmen-Druckarbeiten) 341

Redaktion : : : : 677

Expedition : : : : 218

Abonnement:  
70 Pfennig monatlich.  
Eingetriben 20 Bg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag M. 5.42 pro Quartal.  
Einzel-Nummer 6 Bg.

Inserate:

Die Colonie-Belle . . . 20 Bg.  
Auswärtige Inserate . . . 25  
Die Kellere-Belle . . . 60

Nr. 161.

Donnerstag, 5. April 1906.

(Abendblatt.)

### Rückblick auf die Reichstags-Arbeiten.

Nach einem langen und arbeitsreichen Sessionsabschluss, wie ihn die Parlamentsgeschichte selten aufzuweisen hat, geht der Reichstag in die Osterferien. Und trotz aller mühseligen und qualvollen Arbeit läßt er — mit Ausnahme einer Anzahl erledigter Gesetzentwürfe nur ein angefangenes und wenig zu Ende geführtes zurück — Gebäude im Rohbau ohne Dach! Noch am 21. Februar betonte Präsident Graf Velleström mit größtem Nachdruck als vornehmste Pflicht dieses Sessionsabschlusses die Fertigstellung des Etats — und am 29. März mußte ein No-Statutgesetz erlassen werden; nicht einmal die zweite Lesung des Etats konnte bis zum 1. April zu Ende geführt werden! Die Gründe dieser unerfreulichen Erscheinung liegen in der Wechselwirkung zwischen Reichsfinanzreform und dem Etat. Besterer kann nicht endgültig zur Verabschiedung gelangen, bevor sich nicht die finanziellen Ergebnisse der neuen auf der Finanzreform basierten Steuern übersehen lassen. In unermüdlicher Arbeit hat sich die Steuerkommission ihrer un dankbaren Aufgabe unterzogen, in die ursprüngliche hollische Reform ein neues tragfähigeres Gerüst einzufügen und nach neuen Steuern zu suchen. Nach Ostern kommt diese Arbeit an das hellere Tageslicht zur Beratung im Plenum, und erst nach Fertigstellung der Finanzreform kann man an die Erfüllung der „vornehmsten Pflicht“, an die Verabschiedung des Etats denken. Wenn alles geht, schreiben wir an jenem vor uns liegenden Zeitpunkt das Datum des letzten Kapitels. Und die übrigen Gesetzentwürfe? Zu Beginn der Session überprüfte die Regierung den Reichstag mit einer Fülle von Vorlagen. Allgemeines Murren darüber. Vielleicht denkt man in parlamentarischen Kreisen jetzt ein wenig milder über diesen reichen Segen. Ein großer Teil dieser Vorlagen ist wenigstens in den Kommissionen aufgearbeitet, und, was durchaus nicht zu unterschätzen; die Reichstagsmitglieder, welche durch ihre fleißige Mitwirkung in der Kommission gewissermaßen gefesselt waren, blieben den Präsenztagen für das Plenum. Wie würde sonst ohne dieses stabile Element der Sitzungsaal des Reichstages in diesen Tagen ausgefallen haben? Scheiterte doch sogar bei den wichtigsten Bestimmungen, wie der Flottenvorlage und beim Reichskolonialamt das Haus an der Spitze der Beschlussunfähigkeit und sah sich genötigt, diese Bestimmungen zu überholen.

Über die Flottenvorlage ließ sich wenigstens endgültig in den bergenden Tagen führen; das Schicksal des Reichskolonialamts scheint uns noch immer zweifelhaft, denn es fehlten bei der zweiten Abstimmung nicht weniger als 43 Zentrumsmitglieder und 16 Sozialdemokraten.

Außer der Flottenvorlage wurde in dritter Lesung der 3., 4. und 5. Nachtragsetat für unsere Kolonien und für Weichseln an die Kriegsteilnehmer und die Kamerunbahn bewilligt; ferner der Entlastung des Reichskolonialamts, die Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 Mark; auf juristischem Gebiete der Entwurf zur Ueberleitung von Hypotheken des früheren Reiches und Änderung des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit; auf handelspolitischem Gebiete die Statistik des Warenverkehrs, Wertbestimmung der Einfuhrzölle

im Zollverehr, der deutsch-äthiopische Freundschafts- und Handelsvertrag und das Handelsprotokoll mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika; dann ein Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden und der Vertrag mit der Schweiz zur Errichtung deutscher Zollabfertigungsstellen; endlich das Gesetz über die veränderte Einteilung mehrerer Wahlkreise an der preussisch-berliner Grenze angenommen.

Was aber steht nicht noch alles außer den Steuerentwürfen in den Kommissionen und harret nach Ostern der zweiten Lesung im Plenum? Der Versicherungsvertrag ist zwar in der Kommission schon durchberaten, nicht aber das Hilfsleistungsgesetz. Es hatten ferner der zweiten Lesung im Plenum noch die Entwürfe über den Unterhaltungswohnort, den Befähigungsnachweis im Baugewerbe, über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und Photographien, und über Rüge und Gewichtsordnung und die Militärpensionsgesetze.

An die erste Lesung des Etats, die mit der Reichsfinanzreform kombiniert wurde und vom 9. bis 13. Januar dauerte, schlossen sich die zahlreicheren, dem Hause vorgelegten Entwürfe an, und erst als diese zum größten Teile in die Kommissionen „abgeschoben“ waren, begann am 1. Februar die zweite Lesung des Etats, die mit wenigen Unterbrechungen durch die in dieser Session regelmäßig abgehaltenen „Schwerinstage“ und durch einige Interpellationen bis zum Donnerstag, den 5. April, dauerte. Mit einigem Grauen erinnern sich vielleicht noch Abgeordnete und Journalistensitruine dieses Staatsmonats Februar, der nur, vom 1. Februar bis 20. Februar, den Etat des Reichsamts des Innern und vom 20. Februar bis 3. März (mit einer Ruhepause des Reichstages vom 25. bis 28. Februar) den Etat des Reichsjustizamtes zu bewältigen vermochte!

Wie sich der dritte Tagungsabschnitt des Reichstages von Ostern bis Pfingsten gestalten wird, läßt sich schwer voraussagen. Die Steuerkommission rechnet mit der Tatsache, daß vor Mitte Mai schließlich mit der zweiten Lesung der Reichsfinanzreform im Plenum begonnen werden kann. Aber vielleicht sieht dieser Abschnitt schon im Zeichen der Diäten!

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 5. April 1906.

#### Beim Hinscheiden Eugen Richters

hatte die sozialdemokratische Presse zum überwiegenden Teil nur schmähernde und oft beschimpfende Worte für den großen Parlamentarier. Anders — so wird uns aus Karlsruhe geschrieben — die „Sozialistischen Monatshefte“, die in ihrem Aprilheft dem Toten einige Zeilen widmen, die wohlwollend von den übrigen sozialistischen Leistungen absehen. Das Verhängnis für den Volksmann Richter wird hier in dem Umstand gesucht, daß Richter nach Bismarcks Weggang nicht ohne Opposition gegen einen mächtigen Gegner leben konnte. Die Opposition im deutschen Parlament, welche bisher von Richter befeuert wurde, machte ihm die Sozialdemokratie freitig, deren rapides Anwachsen den Untergang der Richterschen Partei bedeutete.

Statt sich für ein Zusammengehen mit links zu entscheiden, habe Richter nach rechts abgewandt. Für ihn sei die Sozialdemokratie stets eine Partei ohne jede Daseinsberechtigung gewesen. Seine „Lehren der Sozialdemokratie“ seien „geradezu noch kindliche Versuche“, die moderne Arbeiterbewegung aufhalten oder ihr Abbruch tun zu wollen. Besonders interessant ist es, was die „Soz. Monatshefte“ zu Richters Haltung im Zolltarifkampf schreiben:

„Die Gegnerschaft zwischen der Sozialdemokratie und Eugen Richter erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen des Zolltarifkampfes, wo ihn Weibel im Reichstag in der Leidenschaft das Wort „Verräter“ zuschleuderte. Auch in der Presse ist jetzt nach seinem Tode diese Anklage wieder aufgeführt worden. Ich glaube aber, daß dieses in der Leidenschaft des parlamentarischen Kampfes gefallene Wort so wenig Berechtigung hat wie die frühere Bezeichnung des Reichsfeindes. Gewiß war das Verhalten Eugen Richters in den Tagen der Zollkämpfe vom sozialdemokratischen Standpunkt aus scharf zu bekämpfen. Aber daß Richter und seine Partei irgendwie verpflichtet gewesen wären, die damalige Politik der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung mitzumachen, dürfte wohl niemand ernsthaft behaupten wollen. Eine solche Verpflichtung lag nicht vor, Richter ließ vielmehr keinen Zweifel darüber, daß er die einschlägigen Politik mißbilligte. . . . Man hätte es ertragen, wenn er dargelegt hätte, warum seine Partei die Obstruktion nicht mitmachen könne, aber Richter ging zum Angriff über und wurde damit der Sachwalter der Majorität. Dieses Verhalten war hart zu beurteilen, aber es rechtfertigt nicht den Vorwurf des Verrats.“

Es würde der sozialdemokratischen Presse in nichts schaden, wenn sie sich diese Meinung zu eigen machte wie auch die Gesamteinung der „Soz. Monatshefte“ über Eugen Richter, welche in dem Maße zutrifft, als man aber diesem großen Parlamentarier noch so feindselig gegenübersteht, seine Charakterfestigkeit und Uebereignungstreue verdient in einer Zeit, wo an die Stelle von Grundfragen die Interessen getreten sind, ein großes Maß von Achtung, daß ihm auch die Sozialdemokratie zollen kann.“

#### Über die Ovambofrage.

die für die Zukunft des nördlichen Teils von Deutsch-Südwestafrika von großer Bedeutung ist, läßt sich Generalmajor Leutwein, der frühere Gouverneur des Schutzgebietes, in einer der „Nordwestdeutschen Morgenblätter“ in Oldenburg auf eine Anfrage erteilten Antwort aus, der wir u. a. folgendes entnehmen:

Zunächst will ich hervorheben, daß ich die Worte des Obersten Demling in der Reichstagsdebatte vom 9. d. Mts., worin er in bezug auf das Ovamboland zunächst „quiesca non movere“, mit ganz besonderer Befriedigung gelesen habe. Beim Beginn des Herero-Aufstandes dachten maßgebende und nicht maßgebende Kreise zum Teil anders. Damals glaubte man nach einem raschen Siegeszug gegen die Hereros so nebenher gleich die Ovambofrage abtun zu können. Die größte Unterlassung, der wir uns jetzt schon in bezug auf die Ovambofrage anscheinend schuldig machen, ist die Unterlassung der klimatischen Verhältnisse. Das Ovamboland ist eine tropische

### Aus neuen Briefen von Charles Didens.

Didens war ein großer Verehrer der Schweiz; er hat in dieser schönen Natur, nach der sich der sanftmütige Londoner doch wie nach einem fernem Paradies sehnte, manche seiner Werke geschaffen, so „Domby und Sohn“ und einen großen Teil von „David Copperfield“ und „Bleak House“. Er wohnte im Jahre 1846 in der Villa Rosemont in Lausanne, in der man noch heute das Arbeitszimmer des Dichters zeigt. Während dieser seltenen Ferienzeit in dem an rastloser Arbeit reichem Leben des nimmermüden Erzählers mochte Didens die Bekanntschaft des englischen Ehepaars Watson, das ebenfalls damals am Genfer See weilte, und es entwickelte sich zwischen den Londoneern, die sich in der gemeinsamen Verehrung der Gebirgsnatur fanden, bald eine innige Freundschaft, die nun durch das ganze Leben währte und der wir eine reiche Fülle von gemütsinnigen Briefen des Dichters verdanken. Diese Korrespondenz zwischen Didens und den Watsons hat die Tochter des verstorbenen Ehepaars, die Baronin von Hoeder nun dem englischen Schriftsteller Daphne Welch übergeben, der die Briefe Didens in „Daphnes Monthly“ veröffentlicht.

Die Baronin erinnert sich noch des gütigen und lebhaften Mannes, der mit ihren Eltern in einem so innigen freundschaftlichen Verhältnis stand. Sehr gern besuchte er die Watsons auf ihrer Besitzung Rodingham Castle und dann ging es freizügig zu. Didens las seine neuesten Schöpfungen vor und war zu allen lustigen Streichen aufgelegt. Er erzählt selbst in einem Briefe, wie er mit anderen Gästen des Hauses auf einer schnell improvisierten Bühne einige Szenen aus Sheridan's „Köstererzählung“ und aus dem dramatisierten „Nidderly“ gespielt habe. Wir spielten in der großen alten Halle, die ganz mit Zuhörern angefüllt war und von dem lauten Beifall wiederhallte. Zum Schluss produzierte ich mich noch mit ein paar Tändelei- und Scherzstücken, von denen ich mir zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten eine stattliche Menge eingelesen habe, und dann ergötzte wir uns noch an Bauerntänzen von höchst toller und lustiger Art und tanzten so

die ganze Nacht hindurch. Watson und ich, wir haben uns wenigstens fünfzigmal das Wort gegeben, wieder zusammen nach Lausanne zu gehen und dort mehrere Wochen zu bleiben. Ich freue mich sehr darauf und hoffe, viele schöne Stunden wiederzusehen, wenn ich erst mit meinen Arbeiten am Copperfield im Reinen bin.“

Didens war gewöhnlich mäßig im Essen und Trinken, aber wenn er von Blumpadding und einem Glas Glühwein hörte, dann verfiel er sich keine Augen und er erging sich in begeistertsten Lobeserhebungen dieser nationalen Genüsse. Ueberhaupt war er kein Verächter eines guten Trankes, wie wir ja auch aus seinen Werken entnehmen können, und es ist daher nicht zu überraschend, daß das erste Schriftstück, das er den Watsons übermittelte, das Rezept für eine vorzügliche Pöwle war, die er als „Monstrafeln“ genannt hatte. Doch die durch das Wohlleben sicher nicht wenig angefeuerte Freundschaft erhob sich auch zu einer geistigen Gemeinschaft, die aus diesen Briefen so schön und freundschaftlich leuchtet.

Didens hat Mr. und Mrs. Watson den „David Copperfield“ gewidmet; er schrieb dieses erlebteste und innigste Werk seiner Feder im Gedanken an die beiden und sprach von ihm nur als „Euer Buch“. „Alle Welt ist von dem David entzückt und ich hoffe, daß Euer Buch gut werden wird. Ich selbst liebe es mehr als alle anderen Werke und arbeite daran alle die Monate mit dem Bemühen, eine möglichst feine Schilderung zu entwerfen.“ Von „Onkel Toms Hütte“ spricht er in einem Briefe höchst lobend und ist von der Unähnlichkeit einzelner Gestalten ganz entzückt. Mrs. Stowe „ist ein wenig unbedeutend in dem, was sie entwirft.“ Von „Onkel Toms Hütte“ spricht er in einem Briefe höchst lobend und ist von der Unähnlichkeit einzelner Gestalten ganz entzückt. Mrs. Stowe „ist ein wenig unbedeutend in dem, was sie entwirft.“ Von „Onkel Toms Hütte“ spricht er in einem Briefe höchst lobend und ist von der Unähnlichkeit einzelner Gestalten ganz entzückt. Mrs. Stowe „ist ein wenig unbedeutend in dem, was sie entwirft.“

die Gestalt des Schwarzeners Skimpole, die so vorzüglich gezeichnet ist und für die man eifrig nach einem Vorbild in seinem Belanienkreise suchte, schrieb Didens an Mrs. Watson: „Skimpole erscheint mir so wirklich, als wenn ich nur von ihm gelesen und ihn nicht selbst geschaffen hätte. Ich meine fast, er sei das genaueste Porträt, das jemals in Worten gemalt worden ist. Ich habe so etwas nur sehr selten getan. Aber die Ähnlichkeit ist erstaunlich. So völlig ist er der Wirklichkeit entnommen, daß ich mir fest vorgenommen habe, es nie wieder zu tun. Da ist keine Uebertreibung, nichts ist unterdrückt. Es ist die getreue Wiedergabe eines wirklichen Menschen. Natürlich habe ich sorgfältig alle äußeren Kennzeichen vermieden.“

Die Briefe sind von häufigem Gedanken an die Schönheiten der Schweiz durchzogen. Besonders Lausanne und der Genfer See, die Siege ihrer Freundschaft, spielen eine große Rolle. Vom Genfer See schreibt Didens: „Er strömt mit immer flatternder Frühlingsgewalt durch mein Gedächtnis; und nicht als die Gewässer des Lebens fließen sollen die Küst dieses Raufschens zerbrechen, bis mein Dasein selbst sich ergiebt in das große Meer, nach dem alle Ströme unseres Lebens unwillkürlich den Lauf gerichtet haben.“ In vielen seiner Bücher hat er von dem See erzählt und auch von den mächtigen Bergriesen, die in einsamer Größe daliegen, auch von der Stille jener Täler, deren Ruhe den Sohn der Weltstadt fast erschreckte.

### Tagesneuigkeiten.

Der Philosoph in der Küche. Daß sich die Philosophen, deren Geist stets auf das Große und Unendliche gerichtet ist, in den Stillen jener Täler, deren Ruhe den Sohn der Weltstadt fast erschrecken, wir von Kant und Schopenhauer. Durch ein lobendes ersehnenes Buch „Home Life with Herbert Spencer“ lernen wir nun auch den großen Systematiker der modernen Gesellschaft in seinem Hause kennen. Der Philosoph hatte 23 Jahre seines Lebens in einem Londoner Cottage gewohnt und lebte sich mit

Kolonie. Mit direkt aus Europa gelandeten weißen Truppen dort operieren zu wollen, hiesse diese einfach in den Tod führen. Sie würden an Malaria sterben wie die Fliegen. Ebenso erginge es auch den Pferden, denn wo die Malaria herrscht, herrscht auch die Südostfrikas eigentümliche „Pferdepest“. Gegen diese sind nur diejenigen Pferde widerstandsfähig, welche die Krankheit bereits überstanden haben, was vielleicht bei 20—30 Prozent der Fall ist. Solche Pferde werden „gefalzen“ genannt. Eine auf „ungefalzenen“ Pferden in das Oamboland einrückende Truppe kann nach wenigen Wochen zu 1/2 eine Fußtruppe geworden sein. Und eine solche ist dem stüchtigen Angehörigen nicht gemachsen.

Infolge dieser klimatischen Verhältnisse bedarf ein Oambobezug einer ganz besonders gründlichen Vorbereitung. Am richtigsten würde es sein, dort nur eingeborene Truppen zu verwenden. Die kurz vor dem Hereroaufstand geplante Errichtung einer Eingeborenentruppe in Duito hatte ausschließlich den Zweck, eine Feste für das Oamboland vorzubereiten. Bereits im Jahre 1900 wäre es beinahe zu einem Zusammenstoß mit dem Oambobehauptling Keguambo gekommen, weil in dessen Lande zwei deutsche Händler ausgeraubt worden waren. Bei der damals zwischen Oambos und Hereros bestehenden nationalen Abneigung war auch bestimmt zu erwarten, daß die Hererotruppe in einem Feldzuge mit den Oambos nicht verfangen würde. Wenn der Hereroaufstand die Ausführung dieser Abicht unterbrochen hat, so ist damit noch nicht bewiesen, daß sie falsch gewesen wäre. Wann der Zeitpunkt gekommen sein wird, den Oambos an die Kapfstellung von Eingeborenentruppen wieder aufzunehmen, läßt sich jetzt natürlich nicht voraussagen. Gut wäre es auf alle Fälle, wenn die Verlegung der Oambofrage bis dort gelänge.

Sollte indessen doch ein Oambofeldzug lediglich mit einer weißen Truppe durchgeführt werden müssen, dann muß sie wenigstens aus alten, klimagewöhnten und nicht aus jungen, eben aus der Heimat gekommenen Soldaten bestehen. Auch inbezug auf die Pferde ist ähnliches anzustreben. In der künftigen Operationen gegen das Oamboland, mithin in der Linie Grootsfontein-Duito-Duito, muß allmählich ein Stamm von mehreren Hundert „gefalzenen“ Pferden angeammelt und die Expeditionstruppe nur mit solchen beritten gemacht werden. Entschieden verlangt aber auch die lange Operationslinie vom Oamboland zur Küste das Abwarten der Fertigstellung der Duiobahn. Ohne eine Bahnerbindung wird eine größere Expeditionstruppe sicher in Verpflegungsschwierigkeiten geraten.

Zit zur Verlegung der Oambofrage ist uns im Übrigen auch gegeben. Das steht seitens des Gouverneurs v. Lindequist verständigerweise erlassene Verbot eines Besuchs des Oambolandes ohne Erlaubnis wird neue Reibungsflächen dort vorerst nicht mehr entstehen lassen. Und die alten können wir mit dem Selbstbewußtsein des Starren einwirken ruhig hinnehmen, ohne unser Ansehen zu schädigen. Der schlimmste aller Oambobehauptlinge, Nchale, ist für den Angriff auf die Station Amutoni, im Februar 1904 durch die schweren Verluste, welche sein Volk dort erlitten hat, einwillen gestraft genug.

Wenn wir aber einmal in das Oamboland sollten einziehen wollen oder müssen, dann dürfen wir den in feinerer politischer Zusammenhang zueinander stehenden Oambobehauptlingen gegenüber den Grundsatz „divide et impera“ nicht vergessen. Es würde durchaus falsch sein, wie dies merklich genug von fast allen Seiten vorgeschlagen wird, in jeder oder mehreren Truppen einzuziehen und so die Hauptlinge mit Gewalt zu einigen. Auch hier heißt es „quiesca non movere“. Erst rechnen wir mit dem schuldigen Nchale ab, dessen Bestrafung die übrigen Oambobehauptlinge, weil sie verdient ist, ruhig zusehen werden, wonach sich das weitere finden wird. Hüten wir uns aber auch vor einer Unterschätzung der Widerstandskraft der Oambos und verschmähen wir daher auch nicht die Mittel von Seammesgenossen, so sich und solche bieten sollte. Unternimmt würden uns vielleicht Ueberforschungen wieder nicht erspart bleiben. In dieser Erwägung liegt auch der Grund, aus dem ich mich der Ansicht des Komfals Einzelmann, daß eine etwaige portugiesische Oamboexpedition auch uns zum Eingreifen veranlassen müßte, nicht anschließe. Diesem und jenseits der Grenze wohnen durchaus selbständige Stämme, die keinerlei Nationalgefühl verbindet, die aber durch eine gemeinsame Gefahr wohl zum Zusammenschluß gebracht werden könnten.

### Deutsches Reich.

Stuttgart, 4. April. (Der hürttembergische Landtagsabgeordnete für den Bezirk Böblingen,

69 Jahren nach einem eigenen Heim. Er mietete daher ein Haus, das er mit zwei Damen zusammen bewohnte, die ihm dafür die Wittenschaft führen mußten. Die beiden Damen, die acht Jahre auf diese Weise die Hausgenossinnen Spencers waren und täglich mit ihm in Verbindung kamen, haben nun ihre Beobachtungen aufgeschrieben. Sie hatten zuerst große Angst vor dem berühmten Manne, von dessen Schreien man ihnen allerlei erzählt hatte, es sei „nichts anderes gutes von ihm zu sagen, als daß er einen guten moralischen Charakter habe“. Doch fanden sie es bald nicht so schlimm. Zwar hielt er ihnen in ernsthafter und emphatischer Rede einen langen Vortrag darüber, wie sinnlos es sei, einen der Witterung so ausgelegten Teil des Körpers, wie den Fuß, leichter zu befeuchten, als die übrigen Glieder, und erläuterte ihnen an seinen eigenen Strümpfen, wie das sie sein müßten. Als er hörte, daß eine der Damen ihr Haar in einem ungeheuren Himmer gewaschen habe, ließ er sie in sein Arbeitszimmer bitten und machte ihr die bittersten Vorwürfe. Ob es einen Streit mit den Dienstmädchen, so machte er aus keinem Arbeitszimmer ein richtiges Tribunal, in dem er als Richter funktionierte, die Klagen der Mädchen anhörte, ihre Beschwerden den Damen mitteilte, von ihnen wieder genaue Präzisierung ihrer Vorwürfe gegen die Mädchen einforderte und so langsam und unparteiisch den Streitfall entschied. Jeden Morgen um 11 Uhr landete er den beiden Damen die „Times“, mit der Bitte, sie nachher den Dienstmädchen zu übermitteln. Ging eine der Damen aus und er fand, daß sie nicht warm genug angezogen sei, so zwang er sie, seinen eigenen Mantel oder sonst ein warmes Kleidungsstück mitzunehmen. Für Küche und Speisekammer hatte er seine eigenen Prinzipien, verlangte, daß immer viele Vorräte vorhanden seien und bestimmte das Menü häufig selbst. Eine besondere Vorliebe hatte er für Fleisch, das recht ordentlich abgehungen war und er befahl es mit einer Mischung von übermanganfarbem Kali und Potassa zu bespritzen, um das Verweilen des Fleisches zu verhindern. War aber gerade ein Mindestmaß abgehungen, so wünschte er gewiß gerade an dem Tage Kalbfleisch zu essen, sobald der Braten einen starken Haut-Gout erhielt. Da weigerte sich

Rektor Dr. Hartmann in Einbeldingen, ist heute nach langem schweren Leiden im Alter von nahezu 82 Jahren gestorben. Hartmann gehörte der Volkspartei an.

Reich, 4. April. (Der diesjährige Besuch des Kaisers und der Kaiserin) auf Schloß Urvide wird, wie die „Neber Stg.“ meldet, für die zweite Hälfte des Mai erwartet.

Krefeld, 4. April. (Der Kaiser) stellte dem Oberbürgermeister Uhler in Aussicht, zur Einweihung des Krefelder Rheinbafens eine Torpedoflotte zu entsenden.

Dresden, 4. April. (Der sächsische Staatsminister v. Meisch) wird endgültig Ende dieses Monats von seinem Amte zurücktreten und Graf Hohenthal also in sein Amt bereits am 1. Mai eintreten. Auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers von Meisch wird sich sein Rücktritt in aller Stille vollziehen. Er behält die Stellung eines Ministers des königlichen Hauses bei.

Hamburg, 4. April. (Ein Strafverfahren gegen Fräulein Anita Kugspurg) wegen Beamtenbeleidigung ist von der Hamburger Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Fräulein Kugspurg hat in einem Hamburger Blatte das Vergehen von Schulreuten gegen Passanten in der bekannten Krawallnacht geschildert und soll dafür zur Verantwortung gezogen werden. Sie will den Nachweis erbringen.

Berlin, 4. April. (Diplomatische Personalien.) Nach amtlicher Mitteilung des Reichs-Anzeigers hat der deutsche Ministerresident in Korea, Legationsrat v. Salber, den Titel und Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers erhalten.

(Die Mitglieder der Kommission für das neue Exzerzierreglement) erstatteten dem Kaiser Bericht über das bisherige Ergebnis ihrer Arbeiten.

(Die Steuerkommission des Reichstages) hat, wie berichtet, ihre Arbeit zur Ausführung gebracht und die Beratung der Erbschaftsteuer heute abgeschlossen; ihr Ertrag nach den Beschlüssen der Kommission für das Reich wird auf 55 Mill. veranschlagt, der ganze Ertrag der bisher in zweiter Lesung angenommenen Steuern auf 200 Millionen. — Der in erster Lesung angenommene Aufwuchs auf Kali und Lumpen sowie die vorgeschlagenen Modifikationen kommen erst nach Ostern zur Beratung in zweiter Lesung.

### Ausland.

Oesterreich-Ungarn. (Im Prainischen Landtag) kam es gestern zu stürmischen Diskussionen der Slovenisch-Liberalen, die wiederholt die Unterbrechung der Sitzung nötig machten.

(König Wilhelm zu Schaumburg-Lippe) befiel sich, wie aus Nachod in Böhmen gemeldet wird, vorzeitig noch vollkommen wohl. Er war ziemlich spät zur Ruhe gegangen und gegen 4 Uhr morgens erwacht. Er erkrankte sich nach dem Befinden der Prinzessin Louise. Als ihm gesagt wurde, daß die Mitglieder der Prinzessin bereits erkrankt wären, erschauerte er sehr und ließ sich nach anstellen. Während des Aufstehens brach er plötzlich bewusstlos zusammen.

(In militärischen Kreisen) vermisst neuerdings, daß Feldzeugmeister Bed, der bereits sein fünfzigstes Dienstjahr hinter sich hat, demnächst von seinem Posten als Generalstabschef zurücktreten werde und mit dem Titel eines Marschalls pensioniert werde.

(In parlamentarischen Kreisen) hat den Plan für den Umbau des Parlamentgebäudes angenommen. Die Kosten für den Umbau werden auf 10 Mill. Fr. veranschlagt.

Großbritannien. (Die Marine-Verwaltung) ließ alle Ringer versiegeln. Der höchste erzielte Preis betrug sich auf 600 Pfund.

(Ueber das Wachstum, der Größe und Bevölkerung des britischen Weltreichs) in den Jahren 1881—1901 gibt eine dem Parlament in Form eines Blaubsuchs zugegangene Denkschrift Auskunft. Danach ist das Territoriumgebiet von 8,5 auf nahezu 12 Millionen qm. Quadratmeilen gestiegen. Die Bevölkerung britischer Staatsangehörigkeit hat sich von 250 auf 400 Millionen Einwohner vermehrt. Ueber den Anteil, den an dieser enormen Bevölkerungszunahme die natürliche Vermehrung und die Erweiterung neuer Gebiete hat, gibt das Blaubsuch keine Auskunft.

Spanien. (Der Ministerrat) beschloß die Auflösung der Cortes.

Rußland. (Maßregeln gegen Judenhegen.) Anlässlich der bevorstehenden Ostersfeier, an denen gewöhnlich Judenhegen stattfinden, treffen die Behörden umfassende Maßregeln, um solche zu verhüten. Die Judenvertriebe werden überall militärisch befehrt.

Verzerrte Staaten. (Johann Mops's Reich) ist in Cincinnati verbrannt und die Asche nach New-York gebracht worden. Der Frau Mops, die fast vollständig mittellos ist, wurde finanzielle Hilfe von Freunden des Verstorbenen angeboten.

Wenn die Köchin, einen solchen Wraten herzurichten und überzeugte Spencer selbst von der Unmöglichkeit, solches Fleisch zuzubereiten, jedoch der Wilsoph seinem Diener den Befehl geben mußte, das Fleisch im Garten zu begraben.

Was ein Truppenübungsplatz kostet. Sachsen erhält einen neuen Truppenübungsplatz. Er wird in der Nähe von Königsbrück errichtet. Die Kosten für den Arealerwerb (das Gelände wird etwa eine Quadratmeile umfassen) sind auf rund 5 Millionen Mark geschätzt und die auf dem Übungsplätze zu errichtenden Gebäude werden eine Bauausgabe von gleicher Höhe erfordern. Mit den meisten Privatbesitzern, deren Grundstücke anzukaufen sind, ist man bereits über den Kaufpreis einig. Drei kleine Dörfer werden infolge dieser Anlage völlig von der Wilsfläche verschwinden.

### Bermischtes.

(Wegen die sozialdemokratische „Rüttelberger Volkszeitung“) wurden am Dienstag nicht weniger als vier Prozesse verhandelt, daran war der Redakteur Gröbner mit drei Prozeßteilen beteiligt; er wurde zu 200, 300 und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielt der Redakteur Marchionni wegen Majestätsbeleidigung vier Monate Gefängnis.

(Ueber einen grausigen Hund berichtet die „Staatswiger Zeitung“: Am Dienstag vormittag wurde auf dem Prainischen Grundstück neben der Schießhalle in Deuthen ein Tod aufgehoben, in dem sich der Kopf eines 17-jährigen Mannes befand. Der Kopf und die Gliedmaßen fehlten. Den Kopf fand man später in einer Uede des Gartens. Die Leiche dürfte erst Dienstag Nacht an den Ort gebracht worden sein, nachdem sie längere Zeit im Wasser gelegen hat.

(Ein verunglückter Lustschiffer. Aus Remport) wird gemeldet: Der vorgestern aufgeseigene Ballon des französischen Bildhauers Rodouff wurde leer am dem Ocean aufgehoben.

China. (Der Angriff auf das Missionsgebäude in Peking) hatte den Tod eines chinesischen Beamten in Peking zur Folge und ruft noch wie vor unter der Bevölkerung Nordchinas eine erbitterte Haltung den Missionaren gegenüber hervor. In vielen Orten werden Truppen in die Nähe der Missionen beordert.

### Die Pensionsversicherung der Privatbeamten

liegt einem Gesetzentwurf zu Grunde, der vor kurzem vom österreichischen Abgeordnetenhaus angenommen worden ist. Diese Gesetzentwurf verbietet auch in Deutschland, speziell in Mählen mit seiner beträchtlichen Anzahl von Privatbeamten, lebhaftes Interesse. Wir geben deshalb im Nachfolgenden den Hauptinhalt des Gesetzentwurfes nach den Angaben wieder, die der „Kritik Stg.“ hierüber aus Wien übermittelte worden sind.

Die Vorlage der österreichischen Regierung war noch über die Aufgabe der Versorgung der Privatbeamten im Fall der Erwerbsunfähigkeit und ihrer Hinterbliebenen hinausgegangen, indem sie die Versicherung gegen Erwerbslosigkeit in das Gesetz mit aufnahm, allerdings ohne auch nur im Ausschuss des Abgeordnetenhauses damit durchzuführen. In seiner jetzigen Fassung wird das Gesetz nur der jüngeren Beamtenklasse größere Vorteile bieten und auch ihr erst nach einer Reihe von Jahren. Die Opfer, die es dem Dienstnehmer und Dienstgeber auferlegt, übersteigen vielfach die Erwartungen, und die Forderung nach einer kräftigen Beihilfe des Staates (er gewährt nur einen Zuschuß von jährlich 100 000 Kronen zu den Verwaltungskosten) wird wohl noch oft wiederkehren. Trotzdem mag es als ein erfreulicher Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet begrüßt werden und der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiterklasse den Weg ebnen.

Die Versicherung ist obligatorisch für alle in Privatdiensten stehenden Angestellten, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und deren Bezüge (einschl. Quartiergehälter, Zulagen, Naturalbezüge usw.) bei einem und demselben Dienstgeber 600 Kronen jährlich erreichen. Ihnen gleichgestellt sind solche in öffentl. Diensten Angestellte, die keine normalmäßigen Ansprüche auf Pension usw. haben. Als Angestellte gelten alle in Gehalt stehenden Bediensteten mit Beamtencharakter oder, ohne Rücksicht auf diesen Charakter, alle Personen, die ausschließlich oder vorwiegend geistige oder höhere Dienstleistungen zu verrichten haben, darunter auch kaufmännische Hilfspersonal und die Werkmeister in fabrikmäßigen Betrieben. Dagegen gelten nicht als Angestellte die Arbeiter, Lehrlinge, Diener und Gesinde. Im Zweifel entscheidet die politische Bezirksbehörde des Dienstortes. Die Versicherungsbeiträge werden in sechs Gehaltsklassen eingeteilt. Ueber die von ihnen zu leistenden Beträge und die den Versicherten selbst gewährten Renten gibt die nachfolgende Tabelle einen Ueberblick:

Jahresbeitrag	Besamte Prämie proportional	Jährliche Invalidenrente nach 120 Beitragsmonaten	Zuwachs für je 12 weitere Beitragsmonate	Jährliche Altersrente nach 480 Beitragsmonaten
Kronen 600—900	6	180	9	450
901—1200	9	270	13 1/2	575
1201—1800	12	360	18	900
1801—2400	18	540	27	1350
2401—3000	24	720	36	1800
mehr als 3000	30	900	45	2250

Von den Versicherungsprämien hat der Dienstgeber zwei Drittel, der Versicherte ein Drittel zu tragen. Nur bei Gehältern von mehr als 200 Kronen fällt dem Versicherten die volle Prämie zur Last. Für die Abführung der Prämien ist der Dienstgeber verantwortlich und ihm das Recht eingeräumt, auch die Quote des Versicherten vom Gehalt abzuziehen. Ein Anspruch auf eine Leistung der Kasse entfällt erst nach einer Wartzeit von 120 Beitragsmonaten. Eine Ausnahme tritt nur ein, wenn die Erwerbsunfähigkeit oder der Tod des Versicherten die Folge eines in Ausübung des Dienstes erlittenen, mit dem Dienst in Zusammenhang stehenden Unfalls ist. Dem Anspruch auf die Invalidenrente gewährt ohne Rücksicht auf das Lebensalter die Erwerbsunfähigkeit. Als invalid ist anzusehen, wer infolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens seine bisherige Berufstätigkeit nicht mehr ausüben vermag. Nach 480 Beitragsmonaten gebührt eine Altersrente als Ruhegehalt auch ohne Nachweis der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit.

Für die Versorgung der Hinterbliebenen von Versicherten treten die folgenden wichtigeren Bestimmungen in Kraft. Die Witwenrente beträgt die Hälfte der Rente, die der Witte bezogen oder der Anwartschaft, die er bis zum Zeitpunkt seines Ablebens erworben hat. Im Fall der Wiederverheiratung erhält die Witwe eine einmalige Abfertigung im Betrag ihrer dreifachen Jahresrente. Der Erziehungsbeitrag beträgt für jedes einfach verwaiste Kind, d. h. für ein Kind, das nur den Vater verloren hat, 25 Prozent, jedes doppelt verwaiste Kind, das einen verstorbenen Vater und eine verstorbenen Mutter verlor, 50 Prozent des nach 120 Beitragsmonaten erworbenen Pensionsanspruches des verstorbenen Elternteils, jedoch darf die Summe der Erziehungsbeiträge sämtlicher verwaisten Kinder eines Versicherten, so lange der Vater lebt, 50 Prozent der Anwartschaft der verstorbenen Mutter nicht übersteigen, und so lange die Mutter im Genusse einer Witwenrente steht, 100 Prozent der Anwartschaft nicht überschreiten. In jedem Falle aber bildet die Anwartschaft (oder die Rente), die der verstorbenen Elternteil im Zeitpunkt des Ablebens erworben oder bezogen hat, das höchste Ausmaß für die Summe der Erziehungsbeiträge aller Kinder einer Familie. Bei doppelt verwaisten Kindern, deren beide Elternteile verstorben waren, sind die Erziehungsbeiträge nur nach jenem Elternteil zu bemessen, der die höhere Anwartschaft hatte. Werden die Erziehungsbeiträge sämtlicher Kinder in einer Gesamtsumme ausgemessen, so sind die Erziehungsbeiträge an die einzelnen Kinder verhältnismäßig zuzuteilen. Anspruch auf Erziehungsbeiträge haben die ehelichen oder legitimirten Kinder des versicherten Mannes und alle Kinder einer verstorbenen weiblichen Person bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Für Witwenrente und Erziehungsbeitrag gilt die Beschränkung, daß die Ehe mindestens ein Jahr vor dem Tod des Versicherten und vor Vollendung des 50. Lebensjahres geschlossen wurde, ferner, daß der Verstorbenen nicht die Ehe zu einem Zeitpunkt einging, wo er bereits eine Invalidenrente genoss. Witwe oder Kinder eines Versicherten, der vor Ablauf der Wartzeit stirbt, erhalten eine einmalige Abfertigung im doppelten Betrag der Anwartschaft auf Invalidenrente, die nach 120 Beitragsmonaten erworben worden wäre. Nur bei Tod durch Dienstunfälle erwerben Witwe und Kinder auch ohne Wartzeit Anspruch auf Renten.

Eine Reihe von weiteren Bestimmungen betrifft die freiwillige Fortsetzung der Versicherung bei Dienstaustritt, die Erhebung der Anwartschaft durch Einrechnung inschlüssig zurückgelegter Dienstjahre, Ausnahmen zu Kosten bestehender Pensionsfonds usw.

Es wäre zu begrüßen, wenn auch die deutschen Privatbeamten in absehbarer Zeit in den Genus einer betriebligen Pensionsversicherung gelangten.

Badische Politik.

Schwehingen, 4. April. Bei der heutigen Bürgerauswahl der II. Klasse ging die Liste der bürgerlichen Parteien ohne Gegenvorschlag durch.

Karlsruhe, 4. April. (Quartierleistungen.) Das Ministerium des Innern läßt, der „Bad. Presse“ zufolge, zurzeit einem Wunsche der Petitionskommission der Zweiten Kammer entsprechend durch die Bezirksämter Erhebungen darüber machen, welche Gemeinden des Landes in den letzten 10 Jahren mit Einquartierung belegt waren, wie stark die Belegung an Offizieren, Mannschaften und Pferden jeweils gewesen ist, wie lange die Einquartierung dauerte und ob und welche Zugabungen die einzelnen Gemeinden den Quartiergebern zur gesetzlichen Quartier- und Verpflegungsbekämpfung jeweils geleistet haben.

Karlsruhe, 4. April. (Nachlänge zum Prozeß Gaisert.) Die „Karlsruh. Zig.“ schreibt offiziös: „Durch die Berichterstattung der Presse wie die Äußerung eines Redners in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 16. v. Mts. ist der Behauptung Ausdruck gegeben worden, es habe in der gerichtlichen Verhandlung der Anklage gegen Pfarrer Gaisert von Gündelwangen wegen Verbrechen gegen § 169 R.St.G.B. der Staatsanwalt festgestellt, daß frühere den Angeklagten belastende Aussagen auf Einwirkung des Untersuchungsrichters eingeschränkt worden seien und es habe ferner der Untersuchungsrichter einem Zeugen private Mitteilungen aus der Untersuchung gemacht.“

Diese der Dienstlehre des Untersuchungsrichters zu nahe tretende Behauptung ist nach beiden Richtungen grundlos und entschieden zurückzuweisen. Selbstverständlich lag es dem Vertreter der Anklage fern, in der Verhandlung zu Tage tretende Widersprüche mit früheren Aussagen auf eine Einwirkung des Untersuchungsrichters zurückzuführen. Im weiteren ist noch in der gerichtlichen Verhandlung selbst die auf Vorhalt des Staatsanwalts gemachte Angabe des Zeugen Fehrenbach, „er wisse durch den Untersuchungsrichter, daß der Angeklagte ein schlechtes Gedächtnis habe“, auf Frage des Vorsitzenden von dem Zeugen dahin ergänzt worden, daß er bei seiner amtlichen Bernehmung durch den Untersuchungsrichter dies erfahren habe.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 57. Sitzung.

Karlsruhe, 5. April.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet 9 Uhr 25 die Sitzung. Am Regierungssitz Staatsminister Freiherr von Dusch und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Budgets des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Titel 10 Mittel- und Volksschulen.

Eingelassen: Die Bitte einer Anzahl Bürgermeister aus den Amtsbezirken Mühl und Achern um Ausdehnung der Fürsorge-Kasse der Gemeindebeamten auf die Bürgermeister mit Einkommen bis herab zu 800 M.

Abg. Fröhlich (fr.): In der Debatte ist wieder die liberale und die kirchliche Anschauung einander gegenübergetreten. Daß eine Verbesserung hier nicht möglich ist, das sieht man sowohl im Lande als in diesem Hause ein. Der Streitpunkt besteht darin, daß wir die Schule für den Staat reklamieren, während das Zentrum die Schule dem Einfluß der Kirche erhalten will, um sie wieder ganz unter die Herrschaft der Kirche zu bringen. Die Regierung scheint sich hier selbst noch nicht einig zu sein, wohin sie sich schlagen soll. Die Schulgesetzgebung zwar ist durchaus liberal, die Handhabung der Gesetze aber ist eine solche, daß die Kirchengemeinden sehr zufrieden dabei sind. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß die nichtkirchlichen Wähler einig darin sind, daß eine auch nur ins kirchliche schillernde Schulpolitik auf keinen Fall inaugurirt werden darf, ohne daß das Staatsinteresse Not leidet. (Widerspruch im Zentrum.) Zwar will das Zentrum in Baden jetzt an der Schule nicht rütteln, allein Sie (zum Zentrum) sind keine Dasein der Zentrumswähler, Sie können die allgemeinen Zentrumsziele nicht auf die Dauer verleugnen. Bei den Mittelschulen sehen wir, daß der Staat nur sehr widerwillig seinen Aufgaben nachkommt. Das Schulgeld an den Gymnasien wurde erhöht, was keinen anderen Zweck hatte, als die Frequenz künstlich zurückzuführen. Warum sind wir denn Gegner der Konviktbildung überhaupt? Die Konviktbildung ist eine minderwertigere als die Bildung in anderen Anstalten. Die Konvikte beherbergen nur Theologiestudierende in ihren Mauern, was beweist, daß ja die Konvikte garnicht ihrer Aufgabe gerecht werden können. Entweder wir ändern die Gesetze so, daß in diesen Rahmen auch die Konvikte hineinpassen, oder wir heben die Konvikte auf. Die große Gefahr bei den Konvikten sei die große Zahl derjenigen, welche mit dem Einjährigen-Diplom die Konvikte verlassen. Ich erlaube die Regierung, und die Zahl dieser Höglinge bekannt zu geben. Die Regierung sollte den Zugang zu den Mittelschulen so leicht als möglich gestalten, daß die Eltern nicht nötig haben, ihre Kinder in Konvikte zu schicken. Ich bin der Meinung, daß das, was der Abg. Ehrlich hier wegen der Geheimberichte vorgebracht hat, bewiesen ist. Ich verlange, daß meine Kameraden mit mir im Schritt und Tritt marschieren (Abg. Gieseler: Das sind lauter Fantasten von Ihnen!) und nicht mit Umgehung des Dienstweges über Kameraden an die Kurie berichten; solche Leute müssen von den Kollegen gemieden werden. (Nähe im Zentrum.) Bei der Volksschule sehen wir, daß vom Staate die Parole ausgegeben wird, den großen Gemeinden die Schulpolitik zu erschweren. Vom Regierungssitz ist das Wort gefallen, daß Schulen zu Unrecht auf Anleihen von den Städten gebaut werden. Wenn der Staat zugeben muß, daß die Volksschule quantitativ und qualitativ im Rückstande ist, so sollte er nicht noch den Städten in den Rücken fallen. In welcher Währung wünscht denn der Herr Staatsminister die Zinsen bezahlt für die Kosten, welche wir für die Schulen aufwenden. Die Schwäche des Elementar-Unterrichtsgesetzes haben die Kirchengemeinden ausgenützt, und aufgrund des § 116 Abs. 4 Ordensschwester in Masse zugelassen. Ich richte die Fragen an die Regierung: 1. ob sie in der Lage ist, uns einen Ueberblick zu geben über die von ihr aufgrund des § 116. 4 gestatteten Ausnahmen; 2. ob sie der Ansicht ist, daß sich die bisher erteilten Ausnahmegenehmigungen noch im Rahmen des Gesetzes bewegen, oder ob sie bereits in solcher Massenhaftigkeit zu verzeichnen ist, welche mit dem Sinne des Gesetzes nicht zu vereinbaren ist. In Bezug auf die Lehrerbildungsanstalten wünsche ich die Simultanität dieser Anstalten. Sehr bedauerlich habe ich, daß mir aus dem Wahlbezirk des Abg. Schmund mitgeteilt worden ist, daß dieser in einer Versammlung erklärt hat, die Vorbildung der Lehrer, wie sie heute existiert werde, billige er nicht; wir können keine Professoren auf dem Dorfe brauchen. (Abg. Schmund: Letzteres stimmt, ersteres nicht.) Bei der Volksschulvorlage sind Finanzrückfragen für die Regierung ausgeschlagen, das Zentrum aber würde die Finanzrückfrage nicht als hinderlich betrachten, wenn wir einer kirchlichen

Schulpolitik zustimmen würden. Die finanzielle Besperrung der Regierung scheint mir aber weit leichter zu belämpfen sein, als die prinzipielle, antiliberale, kirchliche Schulpolitik. Die Schulvorlage ist keine Lehrerfrage, sondern eine Schulfrage. Wir sehen nicht auf die absterbende alte Lehrgeneration, sondern auf die Zukunft, auf die Ausbildung des qualitativen und quantitativen Lehrermangels. Als liberaler Mann wird der Herr Staatsminister keinen Zweifel haben, auf welche Seite er hier sich schlagen soll. Wo ist das Land, das sich durch Schulgebühren ruiniert hat? Wohl aber gibt es Länder, die nach einer Katastrophe die letzten Mittel aufwenden für eine gediegenere Schulbildung. Der Herr Staatsminister hat vor 4 Jahren erklärt, daß er sich an Liberalismus von niemanden überbieten lassen wird, er möge heute sein Wort einlösen in der gefährlichsten Stelle der liberalen Gesetzgebung, der Schulfrage. (Beifall links.)

Staatsminister Freiherr v. Dusch: Der Finanzlage kann sich die Regierung nicht entziehen, die Stellung der Regierung in der Volksschulfrage ist in der Kommission dargelegt worden. Es handelt sich darum, draktisch Schulfragen zu lösen; theoretisch steht wohl die Regierung auf liberalem Standpunkt, über den Begriff „liberal“ läßt sich aber wohl streiten; praktisch steht die Regierung auf dem Boden des Gesetzes, das das Ergebnis ist eines Kompromisses zwischen zwei Weltanschauungen. Die Konvikte stehen auf gesetzlichem Boden; die Regierung hat keinen Grund auf die gemachten Anregungen hier einzugehen, solange nicht konkrete Gesetzesentwürfe vorliegen. Wenn die Regierung mit so warmem Interesse für die Volksschulen sorgt, so dürfte sie wohl nicht ganz ohne Interesse den übrigen Schulen gegenüberstehen. Wenn das Schulgeld erhöht wurde, so ist schon hier gelagt worden, daß diese Erhöhung durchaus notwendig war; in anderen Staaten ist das Schulgeld sogar noch höher. Richtig ist, daß die Schulgelber in Baden, Württemberg und der Schweiz niedriger sind. Die Schulgebührenshöhung war nötig, um die Kosten der Schule zu decken. Es gilt eben auch bei den Schulen der Grundsatze, daß die Ausgaben durch Einnahmen gedeckt werden müssen, und für die Eltern der Kinder, welche diese Anstalten besuchen, ergibt sich die Pflicht, zu den Kosten der Schule beizutragen. Der Gedanke, daß der Staat selbst Konvikte errichten soll, wurde von durchaus liberaler Seite schon mehrfach angeregt, aber hier spielt die Finanzfrage die ausschlaggebende Rolle. Dagegen möchte ich mich verwahren, daß die Regierung gegenüber ungeklärten Zuständen in den Konvikten die Hände in den Schoß legt. Was soll denn der Staat in dieser Frage mehr tun, als schon geschehen ist. Die Konvikte sind nach langen Kämpfen im Jahre 1888 durch Gesetz wieder zugelassen worden, das Gesetz muß die Regierung respektieren, solange es in Kraft ist. Eine Statistik der Konvikten, welche früher als vor dem Abiturium abgeben, existiert noch nicht; doch bin ich gern bereit in dieser Richtung Erhebungen anstellen zu lassen. In der Unterstutzung der Errichtung von Mittelschulen auf dem Lande ist die Regierung stets in liberalster Weise vorgegangen. Gesetzlich ist die Schulgebührengedoten, den Gemeinden aber ist es überlassen, allgemeine Schulgebührenerleichterungen zu lassen, was auch schon an vielen Orten geschehen ist. Es ist behauptet worden, daß Geheimberichte über die Schulen gemacht wurden und über einen Professor auf einer bestimmten Schule; die Erhebungen haben aber die volle Unbegründetheit der Angaben bestätigt. Was die Fragebogen anlangt, so beschäftigen sich diese nur mit dem Religionsunterricht der katholischen Schüler. Die Fragebogen lassen nach ihrer Struktur gar keine besondere Verträge zu. In Vergessenheit war nur die Bestimmung geraten, daß diese Fragebogen durch die Schulbehörde zu gehen haben. Der betreffende Beamte hätte bezüglich der „Geheimberichte“ besser getan, sein Material an den Oberpräsidenten zu geben, als an einen Abgeordneten. (Zwischenruf: — Präsident Dr. Wilkens bittet die Zwischenruhe zu unterlassen, andernfalls er einschreiten (!) müßte.) Bezüglich des Paragr. 116/4 Elementar-Unterrichts-Gesetzes scheint der Abg. Fröhlich der Meinung zu sein, daß sich aufgrund des Paragraphen im ganzen Lande ein rechtskirchlicher Verschwörung ausgebreitet habe. Das ist aber keineswegs der Fall. Abgesehen von den Bestimmungen an Regulatorien werden Ordensschwester lediglich zugelassen bei Kleinkinder- und Handarbeitschulen. Seit 1891—1905 sind nur 465 Dispense erteilt worden. Solange man an die Stelle dieser karitativen Tätigkeit nichts anderes zu setzen hat, sollte man die Vorwürfe gegen die Zulassung solcher Ordensschwester unterlassen. Der Abg. Fröhlich hat gesagt, daß die Massenhaftigkeit, in welcher die Schwestern auftreten, nicht mehr im Rahmen des Gesetzes sich bewege, so kann man von einer Massenhaftigkeit nicht sprechen, wenn bei 1000 Gemeinden nur 465 Dispense erteilt werden. Weiter hat der Abg. Fröhlich die Simultanität der Lehrerbildungsanstalten gefordert; das Seminar in Karlsruhe ist Simultanität auch die Seminarvorläufe in Heidelberg und Freiburg. Eine Konfessionsalisierung der Seminare befürchte ich angesichts der Haltung unserer Lehrerschaft nicht. (Lachen im Zentrum.) Die konfessionelle Spaltung der Lehrerschaft bedauere ich durchaus. Die Hochschule ist nicht der Platz, wo unsere Volksschullehrer ihre Bildung erhalten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Fröhlich (dem.) wünscht einen breiteren Raum für die Kulturgeschichte im Unterrichtsbetrieb. Absolut nicht der Fall ist, daß unsere Kinder durch das Bibellesen verbummt werden; wir haben nur 3 Religionsstunden in der Woche, so daß das Bibellesen nur einen kleinen Raum einnehmen kann. Die Lehrerschaft will nur haben, daß die Geistlichen den Religionsunterricht übernehmen; die Entfernung des Religionsunterrichts hat die Lehrerschaft nicht gefordert. Ich habe schon vor 2 Jahren darauf hingewiesen, daß zwar für die Hochschulen Geld genug vorhanden ist, nicht aber für die Volksschulen, welche schon seit Jahren stiefmütterlich behandelt werden. Die Erhöhung des Schulgeldes kann ich nicht billigen; wir wünschen eine Befreiung vom Schulgeld überhaupt. Redner regt die Frage an, die Nachmittage in den Schulen freizugeben und sie mit Spielen unter Leitung von Lehrern anzuhalten. Die Frage der Bürgerschulleitung ist nur dahin beziehend zu lösen, daß man die Lehramtspraktikanten von den Bürgerschulen wegnimmt und sie an die Mittelschulen bringt, wo ohnedies Mangel an Lehramtspraktikanten ist, und mit der Leitung der Bürgerschulen Reallehrer betraut. Wenn man zum Studium auf Reallehrer die Lehrer zu den Universitäten zuläßt, so kommt es nicht damit überein, daß man sie nicht zulassen wird zum Studium ihres erteilten Faches, der Pädagogik. Man wird zur Errichtung von weiteren Lehrerbildungsanstalten kommen müssen, wenn man kleinere Klassen bilden will. Nicht billigen kann ich es, wenn an diesen Anstalten Lehramtspraktikanten verwendet werden, ebenso nicht, daß an den Vorseminarien Unterlehrer angestellt werden, die oft noch nicht einmal ihre Dienstprüfung abgelegt haben. Redner tritt alsdann für eine größere Berücksichtigung des Turnunterrichts an den Seminaren, auch an den Lehrerinnenseminaren ein. Zu bedauern ist, daß die Seminare ohne jegliche Fühlung sind mit den Volksschulen auf dem Lande. Dem Wunsch Fröhlich, den Lehrerbildungsanstalten simulantien Chorale zu geben, schließe ich mich durchaus an. Erfreulich ist der stärkere Zugang zu den Lehrerbildungsanstalten in letzter Zeit, der vor allem darauf zurückzuführen ist, daß die Regierung eine höhere Entlohnung der Lehrer in Aussicht gestellt hat. Bei der Gehaltsfrage handelt es sich in der Tat nicht um eine Lehrer-, sondern um eine Schulfrage. Unterliegen kann ich nur den Wunsch nach Errichtung eines Lehrerinnen-Seminars in Mannheim; hier ist der

Regierung Gelegenheit gegeben, ohne besondere Kosten ein weiteres Seminar zu errichten. Die Ueberlastung des Direktors könnte man dadurch vermeiden, daß man die unteren Klassen der Anstalt abtrennt und der Leitung eines Oberlehrers unterstellt. In Mannheim besteht der Wunsch, daß zu dem eingerichteten Kurs für Handarbeitsunterricht ein Regierungskommissar zur Prüfung bestellt wird, damit der Kurs seinen rechten Abschluß findet. Redner wünscht die Revision der Verordnung, die anstehenden Arbeiten. Zum Besuch der Hochschulkurse für die Lehrer wünscht der Redner vom Oberpräsident die Erteilung von Urlaub an die Lehrer in ausgiebigster Weise. Es sei zu hoffen, daß die Lehrer in den Gehaltsfragen doch noch aufgenommen werden. (Der Präsident bittet, das „Streifen der Schulvorlage mit dem Vermerk“ zu unterlassen, sonst gäbe es noch eine Debatte über diese Vorlage.)

Abg. Dr. Heimbürger (dem.) bejaht, es die Verordnungsfrage zu aller Zufriedenheit gelöst sei. (Beifall.) Bedenklich sollte man erst die Prüfungsordnung abwarten. Für die Gymnasien sollte man die Bezeichnung „Gehobene Schulen“ fallen lassen, und sie als „Humanistische Anstalten“ bezeichnen. Wenn man angesichts der Schullagen auf die gespannte Finanzlage im Staat hinweist, so sollte man auch an die gespannte Finanzlage in der Privatwirtschaft denken. (Geheul.) Die Berechnung der Ueberstunden der Lehrer hat schon viel Ungünstiges hervorgerufen; hier überwiegt das kapitalistische Element im Oberpräsident über das pädagogische. Ein schwerer Mangel ist die Ueberfüllung der Klassen, auf dessen Beseitigung die Schulbehörde nachdrücklich bedacht sein sollte. Als eine Verwendung der Ingenieurspraktikanten festgesetzt wurde, hat man sofort deren Bezüge erhöht; auch die Unterrichtsverwaltung sollte nicht goghaft sein und die Bezüge der Lehrer erhöhen, um die Verwendung aus Baden hinauszubringen. Wünschenswert wäre die Anstellung besonderer Turnlehrer für die Mittelschulen. Unsere städtische Jugend hat viel zu wenig Gelegenheit sich richtig auszubilden; sogar das Baden mit Schneebädern im Winter wird in den Städten polizeilich verboten. Wir sollten in den Städten Spielplätze errichten, um der Jugend Gelegenheit zur Bewegung zu geben. Den Schülern der Mittelschulen aus Eltern zu verlegen, sei durchaus nicht angezeigt; die großen Ferien müßten in die große Hitze fallen, dann aber sei es durchaus angezeigt, daß man das Schuljahr vor den Sommerferien schließt. Diese Einrichtung ist jedenfalls bedeutend besser als die norddeutsche. Redner wünscht die Errichtung eines Lehrerseminars in Karlsruhe nicht noch in diesem Jahre. Er sei auch sehr dafür, Reallehrer anstatt Lehramtspraktikanten zu Leitern der Bürgerschulen zu machen. In allen anderen Staaten wird der Unterricht an Mittelschulen von akademisch gebildeten Lehrern erteilt; wir sollten hier in Baden nicht nachhaken. Bei der Frage der Geheimberichte hat sich herausgestellt, daß diese Berichte ohne Kenntnis der Schulbehörde an die geistlichen Behörden abgeschickt wurden; Geheimberichte sind doch solche, die nicht zur Kenntnis anderer gelangen. (Zustimmung links.) Der Herr Minister hat dies als ganz harmlos dargestellt gesagt. Wenn auf dem Fragebogen auch nur nach der Religion gefragt wird, so weiß man ja, was alles unter Religion verstanden werden kann. Wenn die Städte dazu übergehen auch die Schulbeamten aus lawfenden Mitteln zu erstellen, so liegt darin nicht das Eingeständnis, daß die Städte früher eine falsche Politik geübt haben.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Karlsruhe, 5. April.

Der Liberale Arbeiter-Verein hält nächsten Samstag im „Lichbaum“, P 5, 9, 2 Stos, eine Mitglieber-Versammlung ab, in welcher über den Jungliberalen Vertretertag in Pforzheim, sowie über die Voranschlagsverhandlungen der Stadt Mannheim referiert wird. Da jedenfalls eine rege Diskussion diesen Referaten folgen wird, sind die Mitglieder und Freunde des Vereins freundlichst dazu eingeladen.

Einem Kinderpielplatz erhält jetzt auch der Lindenhofabschnitt. Herr Karl Lang hat den an seinen Garten anschließenden Platz zu diesem Zweck dem Gemeinnützigen Verein für den Lindenhof zur Verfügung gestellt, bis eine Besch-Veränderung eintritt. Herr Lang läßt den Platz auf seine Kosten herrichten und mit Closets für Kinder, nach Geschlechtern getrennt, Schutzhütte etc. versehen. Die Stadtverwaltung soll nur das nötige Wasser und einen Ventilbrunnen stellen und die Unterhaltung des Platzes übernehmen. Der Vorstand des Gemeinnützigen Vereins wird das Weitere im Einvernehmen mit Herrn Lang in die Wege leiten. Die Nachricht von der hochherzigen Handlung des Herrn Lang dürfte in der ganzen Stadt, namentlich aber auf dem Lindenhof, mit großer Freude aufgenommen werden, da mit der Errichtung eines Kinderpielplatzes in diesem Stadtteil einem dringenden Bedürfnis abgeholfen wird.

Frau Luise Langer f. Die Gattin des untergehlichen Kapellmeisters Ferdinand Langer, Frau Luise Langer, ist verfloßene Nacht nach langem, schwerem Leiden verschied. Ihre Beisegung findet in aller Stille auf dem hiesigen Friedhof statt. Die Verstorbene war eine Tochter des bekannten hiesigen Lithographen Fratrel.

Im Saalkau-Theater wird das gegenwärtige Ensemble nur noch bis Samstag den 7. ds. auftreten. Die Leistungen sind, wie bereits hervorgehoben wurde, ganz vorzüglich. Besonders sei auf die Darstellungen des hiesigen Helden Georg Gaiser und des jugendlichen Kunstschaffers Felix Stunner hingewiesen. Jener imponiert durch seine gewaltigen Körperkräfte, dieser übertrifft durch seine mit großer Gewandtheit angeführten Radstunts. Herr Paris Rensly verheißt es meisterhaft, durch sein künstlerisches, feinesvolles Violinspiel die Zuhörer zu fesseln und entseßelt allabendlich wahre Beifallsstürme. Der Gesangsbariton Bader gibt keine neuen Schläger gut und deutlich wieder und erntet ebenfalls viel Beifall. Die 3 Cronas föhren ihren Juppiling-Mit sicher und exakt aus und ernten, ebenso wie der Hofopernsänger Robert Viberli und die 3 Clara als Equilibristen viel Applaus. Der Besuch kann daher bestens empfohlen werden.

Ueber die Großartigkeit des April-Programms unseres vornehmen Apollotheaters berichtet im Publikum nur eine Stimme. Das allabendlich dort besuchte Haus zeichnet sämtliche Nummern des wirklich künstlerisch zusammengestellten Ensembles durch wahrhaft Beifallsstürme aus. In erster Linie sind es die Sensationsleistungen der 4 Athleten, die von Tag zu Tag größere Wirkung ausüben, dann die beiden Rigolietto's, deren nervenstärkende Praxourkünste auf der Schenkelleiter unübertrefflich das Beste ist, das man in Mannheim in dieser Art gesehen. Alle 3 etc., wohl die schönsten unter den vielen Schönheiten des internationalen Varietés, lockt mit wahrhaftigen Licht- und Farbenharmonien den Zuschauer in ihren Bann. Die übrigen Nummern des Unterprogramms zeigen sich in artistischer Vollkommenheit den erwahten an. Da der Fortwache wegen das Apollotheater nur einschließlich Samstag den 7. ds. geöffnet sein darf, hat die Direktion auf Samstag nachmittag 4 Uhr eine Kinder- und Familienfeier veranstaltet und auf abends 8 Uhr die Abschiedsvorstellung festgesetzt. Ein Besuch des Apollotheaters ist jedenfalls eines der schönsten Vergnügungen, die Mannheim zur Zeit bietet, und da für die Sonntag-Nachmittagsvorstellung ein auch für die kleine Welt durchaus passendes Programm gewählt ist, sei auf diese günstige Gelegenheit, für billiges Geld das Beste unserer Varietés zu sehen, besonders aufmerksam gemacht.

Ein blutiges Ehe Drama spielte sich Dienstag nachmittag in Zell a. S. ab. Der 86 Jahre alte Schreinergehilfe Julius Schwinz äußerte etwa um 2 Uhr zu seinem Dienstherrn: „Ich arbeite heute nachmittag nicht mehr.“ Darauf entsetzte er sich, bog sich in seine Wohnung und nachdem er alles kurz und klein geschlagen hatte, verpackte er mit einem Arbeitsmesser seiner Frau vier Stiche in die Brust, so daß sie schwer verletzt darniederlag. Das blutige Messer brachte er wieder in die Werkstatt zurück und entfernte sich hierauf unter Mitnahme eines seiner Kinder, eines Mädchens von etwa 8 Jahren. Das andere Kind, ebenfalls ein Mädchen, ließ er bei der Mutter in der Wohnung zurück. Schwinz, der früher ein größeres eigenes Schreinergeschäft hier besaß, arbeitete lt. „Off. Sig.“ erst seit etwa einem Jahre in Zell als Geselle. Der Grund des Vermögensrückgangs und dieser entsetzlichen Tat soll hauptsächlich dem übermäßigen Alkoholgenuß zugeschrieben sein, dem die beiden Eheleute in hohem Maße sich ergeben hatten.

**Selbstmordversuch.** Die von hier stammende, in Redargemünd zu Besuch weilende Frau hat nur einen Vergiftungsversuch unternommen. Es handelt sich um eine Witwe von hier, die, wie unser Redargemünder 3-Korrespondent meldet, Ansel in selbstmörderischer Absicht in sich genommen hat. Durch rasches ärztliches Eingreifen konnte die Lebensmüde gerettet werden. Man mußte sie aber nach der Heilbergrer Irrenklinik verbringen, da sie gestohlene Waare in diesem Zustande auch die Tat ausgeführt hat.

**Wintmahlliches Wetter** am 6. und 7. April. Für Freitag und Samstag ist zwar noch vorwiegend trockenes und heiteres Wetter zu erwarten, doch dürfte sich regnerisches Wetter allmählich abmahnen.

**Arbeiterbewegungen.**

**Eisenach, 4. April.** 1200 Arbeiter der Eisenachter Fabrikfabrik legten heute Mittag von neuem die Arbeit nieder.

**Paris, 4. April.** Die Zahl der ausländischen Bergarbeiter im nordfranzösischen Kohlenbezirk wird heute mit 33000 angegeben.

**Leus, 5. April.** In Henin-Visard wurde das Haus eines Bergbauers durch Explosion einer Dynamitpatrone arg beschädigt. Das Dynamit stammte aus Abbeville. In Fresneville schlossen sich heimliche Fabrikarbeiter den Arbeitern der Schloßerei der Brüder Biquier an. Das von den Ausständigen angekündigte Haus der Gebrüder Biquier ist mit seiner ganzen Einrichtung vollständig eingestürzt worden. Unter der Bedrohung herrscht lebhaftes Besorgnis, da der Zustand einen vollständig revolutionären Charakter trägt. Aus Amiens und Abbeville sind neuerdings Truppen nach Fresneville entsandt worden.

**Toulon, 4. April.** Der Präfekt sandte heute einen Polizeikommissar zur Arbeitshölle, um Einigungsversuche zu machen. Die Ausständigen hemmten sich nicht, sondern der Person des Kommissars und bedrohten ihn mit noch einem Polizeibeamten als Gefangenen zurück, wobei sie erklärten, sie würden beide nur freilassen, wenn man ihnen gestalte, einen Umgang in der Stadt zu machen. Sie versprachen, sich dabei ruhig zu verhalten.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

**Karlruhe, 5. April.** Die heilige Strafkammer fertigte nach dreitägiger Verhandlung des Kabinettsministers Schmitzer von Hatzheim wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu 8 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 1800 M. Geldstrafe ab. Weitere 4 Monate Zuchthaus und zu 6 Jahren Ehrverlust, 9 Monate Untersuchungshaft wurden angeordnet. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte für 200 M. Waren und für mindestens 40 000 M. Gold antwortet hat.

**Hannover, 5. April.** Der Reichstagsabg. Heinrich Meißner (Soz.) ist heute morgen infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben. Meißner war zu Hilbesheim geboren, er lernte die Zigarrenmacherei. Der soz.-dem. Partei gehörte er seit dem Jahre 1865 an. Seit Jahren lebte er als Zigarrenfabrikant in Hannover. Meißner war seit 1884 Mitglied des Deutschen Reichstages für den Wahlkreis Hannover-Stadt. Durch seinen Tod ist eine Reichstagsersatzwahl in Hannover-Stadt erforderlich geworden. Meißner war dort am 16. Juni 1908 im ersten Gang mit 2981 gegen 10441 nationalliberale, 9859, weißliche, 2907 liberale und 727 freisinnige Stimmen gewählt worden.

**Paris, 5. April.** Das Nationalkoncil der französischen Bischöfe in Angelegenheiten des Trennungsgesetzes wird nach dem zweiten Wahlgange der Kammerwahlen, also am 22. oder 23. Mai, stattfinden.

**Kenneb, 5. April.** Hier wurden die Reservetruppenmagazine des 10. Armeekorps vollständig eingeküchert.

**Connes, 4. April.** Der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind heute abend hier eingetroffen.

**London, 5. April.** Die „Westminster Gazette“ bezeichnet das Abkommen von Algiciras als „fair and satisfactory“ und erkennt die vorläufige Haltung, die auch von deutscher Seite beim Abschluß des Vertrags bewiesen worden sei, an. Die „Westminster Gazette“ hofft jetzt nach der Beendigung des Marokkofreites auf die von dem Platz sehr herbeigesehnte Verständigung mit Deutschland. Die „Entente cordiale“ enthalte keine Spitze gegen Deutschland.

**Der Zustand in Deutsch-Südwestafrika.**

**Hamburg, 5. April.** Heute Vormittag gegen 11 Uhr ist der Dampfer „Gertud Werner“ hier eingetroffen. Das Schiff bringt aus Südwestafrika 10 höhere Offiziere und Militärbeamte und 114 Unteroffiziere und Mannschaften, von denen 6 verwundet sind.

**Die ungarische Krise.**

**Paris, 5. April.** Nach Meldungen der Blätter hat der Ministerpräsident Baron Fejervary in seiner gestrigen Unterredung mit Rostuth vorgeschlagen, daß das Abgeordnetenhaus einberufen werden solle, um über die Fragen der Wahlreform und der Demokratie zu verhandeln. Hierauf sollen auf Grund der so beschlossenen Wahlreform, durch die das allgemeine Wahlrecht eingeführt wird, abermals Neuwahlen angeordnet werden. Wie verlautet, ist ein Teil der Sozialisten, nämlich die Rostuthpartei, geneigt diesen Vorschlag anzunehmen, während die Fraktion Androssy und die radikalen Mitglieder der Opposition ihn ablehnen. Es ist somit zweifelhaft, ob dieser Versuch einer Lösung der Krise, den der König seine Zustimmung erteilt hat, gelingen wird.

**Eine plötzliche Erkrankung des Fürsten Bälou.**

**Hs. Berlin, 5. April, 1.45 Nachm.** (Privattelegramm aus dem Berliner Bureau.) Während der Rede Babels in der heutigen Reichstags-Sitzung wurde Reichskanzler Fürst Bälou, der Stenogramme korrigierte, bleich und bleicher und schwankte. Abg. Bassermann machte den Vizepräsidenten aufmerksam. Abg. Dr. Bagem, Graf Posadowski und

ble Kergle Dr. Beder und Abg. Mugdan bemühten sich um Bälou, der bleich und regungslos dasaß. Vizepräsident Stolberg unterbrach die Sitzung für eine Viertelstunde. Fürst Bälou wurde hinausgetragen, dann ging die Sitzung weiter. Der Abg. Bassermann sprach sein Bedauern wegen des Unwohlseins des Fürsten aus und wünschte für ihn eine rasche Genesung. Der Kanzler soll gestern wegen einer Erkältung das Bett gehalten haben. Eben wird ein Krankenwagen und Professor Renvers geholt.

**Berlin, 5. April, 2.05 Uhr.** (Wolff. Tel.-B.) Während der letzten Ausführungen der Rede Babels im Reichstag schien den Fürsten Bälou ein ernstes Unwohlsein zu befallen. Er neigte sich auf seinem Stuhl mehrfach nach der linken Seite und richtete sich wieder auf. Abg. Dr. Bagem, der den Reichskanzler beobachtet hatte, eilte plötzlich zum Bundesratsitz hinauf und stützte den Reichskanzler. Vizepräsident Graf Stolberg rief in den Saal: „Ist Dr. Mugdan da?“ Diefert sowie der praktische Arzt Dr. Beder eilten dem Reichskanzler zu Hilfe. Vizepräsident Pasche vertagte die Sitzung um eine Viertelstunde. Babel hatte seine Rede unterbrochen. Im Hause herrschte laute Stille. Der Reichskanzler schien, ein wenig erhoben, zu Geheimrat Voßell zu sprechen. Um 1.10 Uhr trugen Abgeordnete und Bundesratsmitglieder den Kanzler aus dem Saal. Um 1 Uhr 20 Min. eröffnete der Vizepräsident die Sitzung wieder.

**Berlin, 5. April.** (Wolffs Tel.-Bur.) Der Reichskanzler, Fürst Bälou wurde aus dem Sitzungssaal nach dem Präsidentenzimmer gebracht. Er erhob sich dort zusehends. Aus seiner Umgebung wird berichtet, daß keinerlei Abmahnungsmaßnahmen auftraten. In den letzten Tagen hat der Reichskanzler stark an Influenza gelitten. Um 1/4 Uhr erschien Professor Renvers und erklärte nach vorgenommener Untersuchung, der Zustand des Reichskanzlers sei in keiner Weise beunruhigend. Es scheint sich um eine bloße Ohnmacht gehandelt zu haben. Auch Professor Renvers bestätigt, daß keinerlei Abmahnungsmaßnahmen vorhanden sind. Der Kanzler sitzt zur Zeit im Stuhl im Präsidentenzimmer. Die Fürstin Bälou traf alsbald im Reichstagsgebäude ein. Professor Renvers konsultierte gegen 2 Uhr, daß sämtliche Gliedmaßen des Reichskanzlers beweglich und auch keinerlei Schlußbeschwerden vorhanden sind. Der Reichskanzler antwortet deutlich auf die Fragen des Arztes.

**Hs. Berlin, 5. April.** (2.50 Uhr.) Reichskanzler Fürst Bälou erholt sich befriedigend, er spricht und scherzt mit der Fürstin, die ihm köstlich Wasser reicht. „Nicht soviel, Marlieschen, ist zu teuer“, sagte der Kanzler. In einer Stunde soll er sich laut Ausdruck des Prof. Renvers nach seiner Wohnung begeben können.

**Hs. Berlin, 5. April.** (3.04 Uhr.) Soeben waren der Kaiser und Prinz Eitel Friedrich bei Bälou.

**Berlin, 5. April.** (Wolffs Tel.-Bur.) Nachmittags 2 1/2 Uhr erschien der Kaiser mit Gefolge im Reichstagsgebäude und unterhielt sich längere Zeit mit der Fürstin Bälou an der Türe des Zimmers, in dem sich der Reichskanzler befindet.

**Ein schwerer Unglücksfall.**

**Ragold, 5. April.** Um 1/2 11 Uhr ereignete sich hier ein schwerer Unglück. Der Gasthof „Zum Dirck“, der heute Morgen durch den Bauunternehmer Rückauer gehoben worden ist, stürzte plötzlich in sich zusammen, während gerade etwa 100 Gäste sich im Gasthause befanden, die unter den Trümmern begraben wurden. Bis jetzt hat man 5 Tote, sowie zahlreiche schwerer oder leichter Verletzte geborgen. Etwa 50 Personen liegen noch unter den Trümmern.

**Die Revolution in Rußland.**

**Moskwa (Gouv. Jaroslawn), 4. April.** In der vergangenen Nacht plünderten Räuber das in der Nähe gelegene Kreichowar-nichy-Kloster. Sie erbeuteten 47 174 Rubel und verschiedene Wertgegenstände und suchten damit das Welt.

**Deutscher Reichstag.**

**in Berlin, 5. April.**

Am Bundesratsitz Reichskanzler Fürst Bälou, Graf Posadowski, Reichherr v. Stengel, von Eichholtz und Hoegendorff und andere Bevollmächtigte.

Das Haus ist mäßig, die Tribüne sehr gut besetzt. Der Abg. Meißner (Soz.), Vertreter für den 8. hannoverschen Wahlkreis ist heute Morgen in seiner Heimat gestorben. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Eigen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Die Budgetkommission beantragt diese Etats unverändert anzunehmen.

Reichskanzler Fürst Bälou: Ich habe die erste Gelegenheit ergriffen, die sich hier bietet, um mich nach dem materiellen Abschluß der Konferenz von Algiciras vor diesem hohen Hause über die Marokkopolitik auszusprechen. Sie werden es auf der anderen Seite verstehen, wenn ich heute meine Worte sehr sorgsam abwäge, nicht nur, weil der formelle Abschluß der Konferenz noch nicht erfolgt ist und noch in keinem anderen Parlamente das Ergebnis der Konferenz über die Marokkofrage besprochen worden ist, sondern auch, weil ich die erreichte, die mühselig erreichte Verständigung nicht beeinflussen oder trüben möchte. Will man unsere Marokkopolitik richtig verstehen, so muß man zu ihrem Ausgangspunkte zurückkehren; will man die Ergebnisse richtig würdigen, den Anfang mit dem Ende vergleichen. Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, wobei die Geltung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Nachfrage aufzuheben? Sollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren, um Marokko nicht! Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen. Wir haben dort auch keine politischen Aspirationen. Wir haben weder wie Spanien eine Jahrhunderte alte maurische Bevölkerung,

weder wie Frankreich eine Hunderte von Kilometer lange Karrengränze in Marokko. Wir haben keinerlei durch politische Opferkaufe oder historische oder moralische Ansprüche, wie diese beiden europäischen Länder. Aber wir hatten wirtschaftliche Interessen, in einem selbständigen, unabhängigen, noch wenig erschlossenen, zumal wirtschaftlich reiche Lande. Wir waren Teilnehmer an einer internationalen Konvention, die das Prinzip der Reisbegünstigung enthält. Wir besaßen einen Handelsvertrag, der das Recht der Reisbegünstigung enthielt. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war eine Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, in welcher wir nicht nachgeben durften. (Sehr richtig.) Daraus, m. H., folgt, was wir in Marokko erreichen wollten und was nicht. Wir wollten nicht in Marokko festen Fuß fassen; denn darin hätte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Stellung gelegen. Wir wollten auch den alten politischen und historischen begründeten Ansprüchen Spaniens und Frankreichs keinen Abbruch tun oder überhaupt irgend einen Widerstand entgegensetzen, soweit das deutsche Recht und die Interessen geachtet werden. Wir wollten und auch nicht an England reiben, weil dieses in seinem Vertrag vom 8. April 1904 eine Anlehnung an Frankreich vollaufen hatte, denn in diesem Vertrag verfügt England, was Marokko betrifft, über sein eigenes Interesse und was Ägypten betrifft, so hatte es in den uns angehenden Fragen nachträglich unsere Zustimmung herbeizuführen. Was wir wollten, war, zu bekunden, daß das Deutsche Reich sich nicht als eine Quantität neigigeable behandeln lasse. (Lebhaftes Zustimmung.) Daß die Basis eines internationalen Vertrags nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verändert werden dürfe, in einem so wichtigen selbständigen und an 2 Weltbündelströgen gelegenen Wirtschaftsgeld die Türen für die Freiheit des freien Wettbewerbes offen gehalten werden müsse. Das geeignete Mittel, dieses Ziel auf geistlichem Wege zu erreichen, war die Einberufung einer neuen Konferenz. Ich habe in den Zeitungen die und da gelesen, daß wir mit einem französisch-deutschen Separatabkommen mehr erreicht haben würden. Ich weiß nicht, ob ein solches möglich gewesen wäre und ob nicht bei einem solchen Versuch im Gegenteil der Gegenseit sich noch mehr verschärft haben würde.

Jedenfalls würden wir damit von vornherein unsere feste, auf einem internationalen Vertrage beruhende Rechtsstellung geschwächt haben. Unser Vertrauen in die Sicherheit, die eine feste Rechtsgrundlage gewährt, war so groß, daß wir auf die Konferenz drängten, obwohl Jedermann wußte, daß 3 große Mächte durch Sonderabmachungen an Frankreich gebunden seien und eine derselben ihr alliiert, daß wir also unsere Forderungen auf der Konferenz gegen eine Mehrheit der großen Mächte durchzusetzen hätten. Das Vertrauen, von dem ich eben sprach, hat uns nicht getäuscht. Gewiß, m. H., hat die Konferenz länger gedauert, als man erwarten konnte. Die Sache war eben nicht leicht und es gibt auch in der Diplomatie, wie im bürgerlichen Leben, manche weniger wichtige Angelegenheiten, über die noch viel länger verhandelt und gestritten wird. (Heiterkeit.) Unseren Unterhändlern bin ich die Anerkennung schuldig, daß sie die deutschen Forderungen mit eben-soviel Festigkeit und Zähigkeit wie mit Umsicht vertreten haben. (Lebhaftes Zustimmung.) Die einzelnen Punkte der Konferenzbeschlüsse sind durch die Presse veröffentlicht worden und Ihnen bekannt. Ich will sie in diesem Augenblick nicht mehr erörtern und auch hinsichtlich der Gesamtresultate nur das Nachfolgende betonen. Es wäre ein Mangel an Augenmaß gewesen, wenn wir wegen untergeordneter Forderungen die Konferenz hätten scheitern lassen. Die Zahl der Senatoren der Staatsbank, die schweizerischen oder holländischen Polizeistationen, alles Fragen, die für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck waren. Für solche sekundäre Forderungen Kopf und Fragen daran zu setzen, wäre nicht praktische Politik gewesen. Auch läßt sich sehr bestreiten, daß kein Land vermöge seiner Erfahrungen geeigneter wäre, die Polizei zu stellen, wie die beiden Länder Spanien und Frankreich. Hätten wir uns dieser Tatsache verschlossen, so würde der während der Konferenzverhandlung von der französischen Presse gegen die deutsche Politik so laut erhobene Vorwurf wirklich berechtigt gewesen sein.

Worauf es ankam, war, den internationalen Charakter der Polizeiorganisation zu wahren. Frankreich hat sich mit gleicher Verhältnismäßigkeit wie wir einer lokalen Lösung dieser schwierigen Frage bereit finden lassen. Wir sind nicht feindselig. Wir sind in manchen Fragen nachgiebiger gewesen. Aber wir haben unerschütterlich festgehalten an dem Grundsatz der offenen Tür, der neben der Wahrung des deutschen Ansehens uns in der ganzen Marokko-Affäre geleitet hat und leiten mußte. M. H. Es war ein schwieriger Berg, den wir bestiegen haben. Manche Liebesgänge waren nicht ohne Gefahr. Eine Zeit der Müde und Beunruhigung liegt hinter uns. Ich glaube, daß wir jetzt mit mehr Ruhe in die Welt blicken dürfen. Die Konferenz von Algiciras hat, wie ich glaube, einen für Deutschland und Frankreich gleich befriedigenden, für alle Kontinentaler nützlichen Ergebnis geliefert. (Lebhaftes Bravo.)

**Aus dem Grossherzogtum.**

**Seine Mitteilungen aus Baden.** Vom 20. bis 27. Mai findet in Redargemünd Jubiläumsschießen zum 125jährigen Jubiläum der Schützengesellschaft verbunden mit Fahnenweihe, unter dem Protektorat des Prinzen Alfred zu Löwenstein-Wertheim-Rudenburg statt. Außer den vom Großherzog von Baden und den vom Protektor gestifteten Ehrenpreisen sind von den dortigen Vereinen und von befreundeten Schützengesellschaften Ehrenpreise in Aussicht gestellt worden. — Der Franz Reuling verläuft sein zwölftes Lebensjahr und Schicksal seines geliebten Vaters, des Maschinenbauers und Erfinders an Herrn G. C. M. v. Edenz, alleinigen Inhaber der Firma M. von Kalkstein. — Ein Komitee hat eine Denkschrift betr. die geplante Bahnverbindung Rimmenhausen-Deegenhausen-Stullendorf ausgearbeitet. Eine Petition in dieser Angelegenheit wird demnächst an die Landstände gerichtet. — In Buchheim (Amt Wehrloch) stürzte letzten Freitag die Hofeule des Hrn. Mittel vom Heuselbrach direkt in eine Dampfab, deren Stiel ihr etwa 30 Zentimeter tief in den Unterleib eindrang. Der Arzt konsultierte eine so schwere Verletzung, daß man auf das Schlimmste gefaßt ist. — Das Großherzogspaar hat auf seiner Reise nach Connes zum Besuch der Erbprinzenpaare in Freidurg Aufenthalt genommen und hat den früheren Ministerpräsidenten Geh. Rat Freih. v. Roggenbach besucht. Freih. von Roggenbach, vertrauter Freund des Kronprinzen Friedrich, vollendete am 22. März d. J. sein 81. Lebensjahr. — Der Gemeinderat von Schwetzingen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ein neues Schulhaus mit 8 Lehrplätzen zu erbauen, da das erst im Jahre 1900 erbaute Schulhaus nicht mehr ausreicht. Die Fertigung eines Projekts und Kostenanschlags wird dem Architekten Pastor Bender in Heidelberg in Auftrag gegeben. — Der auf dem Friedhof zu Redargemünd aufgefundenen Selbstmörder ist mit dem Rebelleur Carl Richter aus Alia identisch.

**Pfalz, Hessen und Umgebung.**

**Mainz, 4. April.** In einer heftigen Großschlächtereist auf man bedeutenden Diebstählen an Fleisch und Wurst ist die Spur genommen. Fünf Metzgerburden wurden beschlagnahmt. Eine Anzahl Wirte, welche die gestohlenen Fleischwaren gekauft hatten, sind in Untersuchung gezogen.

Mannheim, 5. April.

Volkswirtschaft.

Chilensche Volksanleihe von 1906. Laut Anzeige im ... Anteil unserer Wette werden am 10. April M. 75 850 000 ...

Mannheimer Produktenbörse. Die höheren Forderungen des Auslandes sowie die andauernd festen Marktberichte von Amerika bewirkten auch hier eine Preissteigerung.

Freiburger Gewerbestand v. W. u. S. Freiburg i. S. In 1905 erzielte die Genossenschaft einen Reingewinn von M. 426 618 ...

Altaia, Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft in Straßburg. Die Dividende für das Geschäftsjahr 1905 wurde in der Hauptversammlung auf 82.50 M. (80 M.) für die Aktie und der Gründeranteil auf 75.15 M. (83.25 M.) festgelegt.

Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft Rhein und Pfalz in Straßburg. Die Dividende für das Geschäftsjahr 1905 wurde in der Hauptversammlung auf 16 M. (14 M.) für die Aktie festgelegt.

Spinnerei und Weberei Glättenheim-Bensfeld. Im Bericht über das Geschäftsjahr 1905 wird ausgeführt: Das Endergebnis des Jahres 1905 darf im Hinblick auf die, wenn auch nicht ungünstigen, so doch äußerst schwierigen Konjunkturbedingungen wohl als befriedigend bezeichnet werden.

Die Deutsch-Niederländische Telegraphengesellschaft in Köln, die am 1. November d. J. den Betrieb auf ihrem ganzen Netz aufgenommen hat, weist pro 1905 in ihrem Jahresbericht einen Ueberschuß von 140 000 M. aus.

Alt.-Vef. Leonhard Fleig in Köln. (Warenhaus.) Die Gesellschaft, die Anfang März v. J. gegründet wurde, verteilt für ihr erstes Geschäftsjahr nach Abschreibungen und Rückstellungen, die als sehr reichlich bezeichnet werden, 6 Proz. Dividende.

Meinische Kronenbrauerei A.-G. vorm. Kollmann u. Kleinheiserlamp, Mühlheim-Ruhr-Croich. Das Jahr 1904/05 schließt nach M. 28 377 (M. 19 530) Abschreibungen mit einem Reingewinn von M. 1516 (M. 1808). Eine Dividende hat das mit M. 310 600 Grundkapital ausgefallene Unternehmen während der 6 Jahre seines Bestehens noch nicht verteilen können.

Meinische Bindfadenfabrik Zinnenhüt. Der Brutto-Ueberschuß in 1905 betrug 2 036 411 M. (i. V. 2 062 430 M.). Davon erforderten Generalaufkosten 1 533 705 M. (1 531 808 M.) und Abschreibungen 89 521 M. (95 406 M.). Ueber die Verwendung des verbleibenden Reingewinnes von 403 185 M. (335 226 M.) macht die Gesellschaft keine Angaben.

Kampagne Laferme, Tabak- und Zigarettenfabriken, Dresden. Bei einem Umsatze von M. 1,62 Mill. (i. V. 1,58 Mill.) erzielte die Gesellschaft in 1905 nach M. 25 894 Abschreibungen einen Reingewinn von M. 164 105 (M. 153 824). Davon dienen M. 13 250 (M. 16 700) zu Extraabschreibungen und M. 120 000, wie bereits gemeldet, zur Verteilung von wieder 12 Proz. (wie i. V.) Dividende.

Die Magdeburger Versicherungs-Akt.-Ges. beschloß, aus M. 222 500 Reingewinn 6 Proz. Dividende zu verteilen. (Im Vorjahr M. 43 960 Verlust, der aus der Kapitalreserve gedeckt wurde.)

Die Adels- und Gummiwerke Alfred Calmon, A.-G. in Hamburg, beantragt die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. (i. V. 0). Die beantragte Erhöhung des Aktienkapitals um M. 1 1/2 Mill. wird mit der Notwendigkeit eines Vermehrung der Betriebsmittel begründet.

Die Bremen-Verlängerung Schiffbauerei beschloß das verfloßene Jahr nach M. 189 559 M. (i. V. 68 890 M.) Abschreibungen mit einem Verlust von 283 748 M. ab. Davon werden 229 089 M. aus der Rücklage gedeckt und restliche 54 659 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Akt.-Ges. Schäffer u. Walker, Berlin, hat im abgelaufenen Jahre nicht einmal die Abschreibungen bedient, so daß der Fehlbetrag von 47 000 M. eine weitere nicht unerhebliche Erhöhung erfahren wird. Die Verwaltung plant eine Zusammenlegung der Aktien und eine durchgreifende Wiederaufrichtung.

Die Generalversammlung der Reichs-Märkischen Bank schloß die Dividende auf 8 1/2 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 16 Mill. Mark. Die Deutsche Bank übernimmt die jungen Aktien und bietet den alten Aktionären 12 Mill. Mark zu 100 Proz. im Verhältnis von 5 zu 1 an.

Die Bank für Spiritus- und Probantenhandel beruht auf den 24. April eine Hauptversammlung ein, auf deren Tagesordnung die Ermächtigung des Vorstandes steht, einem Vertrage über Spiritusverwertung beizutreten, welcher für die Zeit nach dem 1. Oktober 1908 zwischen Brennern und Spiritusfabriken abgeschlossen werden soll.

Die Allgemeine Deutsche Banella-Konvention beschloß gestern in Eberfeld, die Banella-Preise um 6 Proz. zu erhöhen, gültig ab 11. ds. Mts.

Mittel-europäischer Wirtschaftverein. In einer unter dem Vorsitz des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein stattgefundenen Direktorial- und Ausschuß-Sitzung des Mittel-europäischen Wirtschaftvereins wurden die Herren Vopelius, Herrenhausmitglied und Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieeller, und Hermann Hecht, Vorsitzender des Vereins Berliner Exportfirmen, in das Direktorium des Vereins gewählt.

Russische Anleihe. Die „Nat.-Ztg.“ erzählt aus Petersburg, daß Verhandlungen über die Begebung einer Anleihe in Deutschland bis jetzt nicht stattgefunden haben. Man erwartet für die nächste Zeit auch nicht, daß solche angebahnt werden könnten.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse vom 5. April.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices. Includes sub-sections for 'Weizenmehl' and 'Hoggenmehl'.

Weizen und Roggen fest und höher. Gerste, Hafer u. Mais fest. Deutsches Petroleum notiert bis auf Weiteres in Ethernen M. 17.80, in Fass (Barrel) M. 21.60 per 100 kg netto verzollt ab Hiesiger Lager.

Mannheimer Effektenbörse vom 5. April. (Offizieller Bericht)

Die heutige Börse verkehrte auf der ganzen Linie in lebhafter und steigender Tendenz. Von Bankaktien wurden gehandelt: Rhein. Kreditbank zu 142.50 Proz. und Süddeutsche Bank zu 116 Proz. Ebenso war Geschäft in Bad. Anstalt-Aktien zu 1350 Mark pro Stück (+ 20 Mark), Bad. Anilin- und Sodafabrik-Aktien zu 461 Proz. (+ 5 Proz.) und in Zellstofffabrik Waldhof-Aktien zu 205 Proz. (+ 10 Proz.)

590 G., Seilindustrie 123 G., Karlsruher Nähmaschinen Gaid u. Ren 281 G., Köpfeimer Seilwerke 245 G. und Pflü. Nähmaschinen- und Fahräderfabrik- Aktien 140.75 G.

Table of Obligations (Anleihen) with columns for issuer, interest rate, and price. Includes entries like Pfandbriefe, Städte-Anleihen, and Industrielle-Obligations.

Table of Banks (Banken) with columns for bank name, interest rate, and price. Includes entries like Rabische Bank, Hamb. Bank, and others.

Frankfurter Effektenbörse. (Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 5. April. (Fondsbörse.) Der Börse lagen heute verschiedene Meldungen vor. Günstig beeinflusst waren österreichisch-ungarische Werte durch den Besuch Fejervarys in Budapest und Unterhandlungen daselbst mit der Opposition.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table of exchange rates (Schw.-Kurs) for various locations like London, Amsterdam, and others. Includes sub-sections for 'Schw.-Kurs' and 'Börsenkurs'.

Die heutige Börse verkehrte auf der ganzen Linie in lebhafter und steigender Tendenz. Von Bankaktien wurden gehandelt: Rhein. Kreditbank zu 142.50 Proz. und Süddeutsche Bank zu 116 Proz.





